

# Der Gesellschafter.

## Amis- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

88. Jahrgang.

Donnerstag, den 3. April

1919.

Nr. 77

### Gründung eines Landesbauernrates.

Stuttgart, 30. März. Auf 24. März war von dem Vorsitzenden des Bezirksbauernrates Herr Dr. Frank-Oberlumpurg, in dem Vortragsaal des Landesgewerbeamts eine Versammlung der Bezirksbauernräte des Landes beabsichtigt worden. Es waren dazu 102 Vertreter von 43 Oberämtern erschienen. Als Vorsitzender wurde durch Zuzug Dekonomrat Jekner, Neuhaus gewählt. Ein Mitglied des Bezirksbauernrates Herr Verheide über die Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte vom 1. 3. 1919. Der Bezirksratler und sämtliche nachfolgenden Redner, die als Bauernräte dieser Landesversammlung angenommen haben, beschwerten sich darüber, daß nur solche Bauernräte Einladung erhalten hätten, die den Arbeiterräten gerade genehm seien, dem Vorstand des Bezirksbauernrates beizutreten, so daß der Zutritt verweigert worden. Es seien deshalb auch nur im ganzen 15 Bauernräte anwesend gewesen. Die Bauernräte seien gar nicht zum Wort gekommen und seien für diese Landesversammlung nur Dekorelemente gewesen. Die Redner hätten auch immer nur von Arbeiterräten gesprochen. Nur wenn Beschlüsse gefaßt worden seien, habe man sie, mögen die Bauernräte zugestimmt haben oder nicht, als Beschlüsse der Arbeiter- und Bauernräte bezeichnet. Deshalb sei es dringend nötig, daß die Bauern eigene Organisationen bekommen. In den Dörfern, wo es sich in der Hauptsache um bürgerliche Angelegenheiten handele, könnten die bürgerlichen Arbeiter- und Bauernräte wohl zusammen arbeiten; sobald es sich aber um allgemeine größere, insbesondere um wirtschaftliche Fragen handele, sei dies nicht mehr möglich, weil die Interessen und Anschauungen der Arbeiter vielfach ganz andere seien, als die der Bauern. Dr. Frank schlug daher vor, in allen Oberämtern Bezirksbauernräte und einen eigenen Landesbauernrat zu gründen. Diese Organisationen wollten die Interessen der anderen Organisationen nicht verletzen, sie wollen nur mitarbeiten und auch geholfen werden, wenn dies für den Bauernstand erforderlich ist. Die Regierung habe bei einer im GutsMuths-Haus veranstalteten Besprechung im Januar dieses Jahres die Bauernräte als Interessensvertretung anerkannt. Bei dieser Erklärung blühe es nicht bleiben, sondern man müsse auch Taten sehen. — Dann wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: 1. Wir protestieren auf das eifrigste dagegen, daß in Landesversammlungen von Arbeiter- und Bauernräten Beschlüsse im Namen der Bauernräte gefaßt werden, wenn zu diesen Beratungen nur einige Vertreter der Bauern zugezogen worden sind. 2. Wir fordern die Anerkennung der von Bauern aufgestellten Bauernräte und die Gleichberechtigung mit den Arbeiterräten, die zur endgültigen Errichtung eines Landesbauernrates führt der heute hier vorläufig aufgestellte Landesbauernrat bzw. der von diesem gewählte Ausschuss die Geschäfte. — Hierauf wurde ein provisorischer Landesbauernrat gegründet, in den jeder vertretene Bezirk ein Mitglied wählte. Der aus 43 Mitgliedern bestehende Landesbauernrat wählte sodann als Vorstand den Ortspräsidenten Karl Widmann-Großhans (Soulgau) und als dessen Vertreter Dr. Frank-Oberlumpurg und Gutbesitzer Walter Pommerstein (Aalen). In den Ausschuss wurden gewählt: a) für den Neckarkreis: Hönning-Schaubach, Schmid-Münster, Vogt-Wolff; b) für den Schwarzwaldkreis: Schweizer-Rohrbach, Schäfers-D. Scheibronn, Kauter-Nagold; c) für den Jagstkreis: Dr. Frank-Oberlumpurg, Jekner-Neuhaus und Walter-Pommerstein. Als Schriftführer wurde Rechtsanwalt Dr. Roth-Leonberg gewonnen, der auch die zur Errichtung einer Geschäftsstelle deren Arbeiten besorgt. Die Versammlung beschloß dann noch, eine Abordnung zur Regierung zu senden, die ihr die Gründung des provisorischen Landesbauernrates anzeige und von ihr seine Anerkennung fordern sollte.

### Tagebenachrichtigen.

#### Die Danziger Frage.

Paris, 30. März. (Havas.) Zur Danziger Frage bemerkt der „Petit Parisien“, daß die deutsche Regierung die Haltung annehme, durch die sie den Abbruch der Potsdamer Verhandlungen bewirkt habe. Das Blatt weist darauf hin, daß General Ludans diesmal mit der Aufhebung des Waffenstillstands druche und sagt hinzu, daß der Rat der Vier binnen kurzem seinen Entschluß fassen und veröffentlichen werde. — Nach dem „Matin“ wäre die Ausdehnung von Rängins Befugnissen über das polnische Herr ins Auge gefaßt, um eine Front mit einheitlichem Oberbefehl von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zu bilden.

Amsterdam, 31. März. Am 31. März beginnt in London die neue sozialistische Tageszeitung „Daily Herald“ zu erscheinen.

Die englische Arbeiterwochenzeitung „The Herald“ vom 29. März schreibt: Dazug bleibt immer noch der Schlüssel der Lage. Wenn Dazug den Polen gegeben wird, wird Deutschland den Frieden nicht unterzeichnen und es wird in Mitteleuropa auf unbestimmte Zeit ein chaotischer Zustand herrschen. Die Revolutionäre und Imperialisten in ganz Europa mögen noch so sehr über die bolschewistische Gefahr klagen, die Errettung Ungarns von der Schreckensherrschaft, die Befreiung der Hollands predigen und einen großen Vernichtungsfeldzug gegen das Sowjetregime fordern, der Zehnermal mag Schicksal tun, Pläne entwerfen und sich über Maßregeln einigen, schließlich werden doch die Arbeiter einschreiten müssen. Werden sie zugeben, daß sie noch einmal unter Waffen gerufen werden? Werden sie sich dazu hergeben, sich zu Tausenden umbringen zu lassen, damit Dazug eine polnische Stadt und eine Basis der Militärs gegen die Bolschewisten werde? Oder werden sie sich ein für allemal für die Selbstbestimmung gegen Annerkennung und Milderung und für den Frieden in Europa erklären? — In anderer Stelle schreibt das Blatt: Bei den Militärs dominiert jetzt die Erkenntnis auf, daß sie beim Wiederaufbau Europas die Hilfe Deutschlands nötig haben.

Der Pariser Korrespondent der hauswirtschaftlichen „Reinigung Post“ schreibt enttäuscht: Der Vierer-Rat ist augenblicklich nicht damit beschäftigt, Deutschland einen Frieden aufzulegen, sondern über die Bedingungen mit Deutschland zu verhandeln. Es hat viereinhalb Jahre Blut gekostet, um den Sieg zu erringen und viereinhalb Monate Verhandeln haben genügt, um die Früchte des Sieges wieder zunichte zu machen.

### Zur Freisprechung Villain.

Paris. Zur Freisprechung des Mörders von Saures, die wegen Ungenauigkeit erfolgte, meint das „Petit Parisien“, daß die Verantwortlichkeit des Mörders besonders die antimilitärische, deutsch-feindliche Politik Saures angeht. Der „Vorwärts“ spricht von einem unglaublichen Justizverbrechen des französischen Chauvinismus. Der Freispruch bedeute einen Schlag in das Gesicht der französischen Parteigenossen.

### Der Stuttgarter Generalfreik.

#### Der Belagerungszustand verhängt.

Stuttgart, 2. April. (Draht.) Am 31. März fanden bereits Demonstrationen und zahlreiche Versammlungen der Streikenden unter freiem Himmel trotz des Verbotes der Regierung statt. Die Hauptforderung ist der Sturz der gegenwärtigen Regierung. Der Zugang von Spartakisten nach Stuttgart von allen Richtungen dauert an. In Ehlingen, Göttingen, Friedrichshafen und Gmünd kam es zu Zusammenstößen zwischen Militär und Streikenden. In Ehlingen demütigten die Ausländischen sich großer Mengen von Waffen und Kraftwagen. Durch Verhandlungen mit der Streikleitung wurden die Waffen wieder herausgegeben. Am 1. April wurde der Belagerungszustand über Stadt und Oberamt Stuttgart, Cannstatt, Bödingen und Ehlingen verhängt. Eine Spartakistendruckerei wurde in Stuttgart geschlossen. Gestern vormittag 10 Uhr fanden am Schloßplatz, Marienplatz, Ostendplatz und Gewerbehallenplatz Versammlungen statt, die um 11 Uhr vormittags zerstreut wurden. Hauptversammlungen der Ausländischen sind die Gegend an der Molkereifabrik und beim Geschäftszimmer des „Sozialdemokrat“. Aus einem Haus an der Ludwigsstraße wurde auf Soldaten geschossen. Es gab 1 Toten. Die Truppen machten von ihren Waffen schonenden Gebrauch. Zu Zusammenstößen kam es ferner an der großen Infanteriekaserne. Die Truppen sind von den Ausländischen aufs schmerzlichste bedrängt worden. Sie haben Anweisung erhalten, von heute ab alle Verordnungen des Standrechts mit aller Energie durchzuführen. In den beiden letzten Tagen gab es auf beiden Seiten 1 Toten und mehrere Verwundete. Die „Schwäb. Tagwacht“ erscheint als einzige Stuttgarter Zeitung. Sie will erscheinen, so lange es ihr möglich ist. In Ehlingen wurde eine Kompanie Soldaten, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach dort abkommandiert wurde, am Bahnhof von der Menge mit Handgranaten empfangen. Es gab mehrere Tote und Verwundete. In Aalen haben sich die dortigen Kommunisten in einem Sympathiekreis mit den Stuttgarter Streikenden solidarisch erklärt, lehnen aber jede Gewalttätigkeit ab. Das Inf.-Reg. 125 in der Molkereifabrik in Stuttgart war zum Teil in seiner Haltung zur Regierung schonend geworden. Nach Entfernung der spartakistischen Elemente wurde das frühere Verhältnis zur Regierung wiederhergestellt. Neue Kämpfe werden heute erwartet. Eine Beendigung des Streiks ist vorläufig nicht abzusehen.

### Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 3. April 1919.

#### Zeitungsverlegertag.

Stuttgart. Der Verein württ. Zeitungsverleger hielt Sonntag, den 23. März, hier, unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Wolf-Oberndorf eine aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich besuchte Hauptversammlung ab. Nach einem Vortrag von Direktor Ester-Stuttgart über die neuerdings den Tageszeitungen auferlegte unerhöht starke Papierpreiserhöhung, die ungefähr so hoch ist, als früher der gesamte Papierpreis, sowie über andere den Zeitungsverlegern aufs Neue entstandene Nöte, wurde der Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der bisherigen Bezugspreise zum 1. April angenommen. Die betragte für kleinere Lokalblätter 10 Pfennig, für mittlere und einmal täglich erscheinende Blätter 20 Pfennig und für zweimal täglich erscheinende Blätter 30 Pfennig monatlich. Von den Postbesitzern kann die erhöhte Gebühr nach Verhandlungen, die mit der Generaldirektion der Posten und Telegraphen geführt worden sind, nur für die Monate Mai und Juni nachgehoben werden. Der Vorstand der Dienststelle Stuttgart der Papier-Kriegswirtschaftsstelle, Direktor Preiten, gab einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage der Druckpapierherstellung. Ueber die Forderung der Zeitungsverleger an die kaiserlichen Behörden, die amtlichen Bekanntmachungen sämtlichen Zeitungen von einer bestimmten Auflagehöhe gegen Bezahlung des festgesetzten Zellenpreises zu überweisen, und über die Antidiskontingente entwickelte sich nach einem Referat des Herrn Kirchner-Göttingen eine ausgedehnte Aussprache. Eine Kommission wurde damit beauftragt, eine Denkschrift auszuarbeiten, die der Staatsregierung und den Vertretern des Zeitungswesens in der Landesversammlung übergeben werden soll. Da von einem besonderen Ausschuss vorgelegten Muster von Anzeigen, Preisen und Rabatt-Tarifen, durch deren Einführung das Anzeigenwesen besonders bei den kleineren und mittleren Zeitungen in gefährdeter Bahn gelenkt werden soll, fand allgemeine Zustimmung. Einmütig wurde sich die Versammlung gegen die denkschriftliche Befreiung der Dienststelle Stuttgart der Papier-Kriegswirtschaftsstelle nach München; in einer der Kriegswirtschaftsstelle Berlin telegraphisch übermittelten Entschliessung wurde gegen diese Absicht schärfste Verwahrung eingelegt. — Der als Vertreter der Staatsregierung an den Verhandlungen teilnehmende Unterstaatssekretär Hoyer beteiligte sich lebhaft an der Aussprache. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß das Verhältnis zwischen Regierung und Presse vertrauensvoller werden müsse als unter dem alten Regime. Nach seiner Anschauung könne es für die Regierung nur von Vorteil sein, wenn sie die angeregte Gelegenheit finde, in allen die Presse berührenden Fragen mit einer Berufsvertretung der verschiedenen der Presse repräsentierenden Körperschaften zu beraten. Die gegenwärtige Regierung sei von der Ueberzeugung erfüllt, daß sie nicht gegen die Presse, sondern zusammen mit ihr arbeiten müsse. Sie habe eine Presseabteilung geschaffen, der die Durchsicht sämtlicher württembergischer Zeitungen obliege, der keine in den württ. Blättern enthaltenen Anregung entgegen könne, die sofort demjenigen Ministerium übergeben würde, für das sie Interesse habe. Wenn früher in der Behandlung der Presseangelegenheiten durch die Regierung Fehler gemacht worden seien, so könne man nicht gut erwarten, daß unter den neuen Verhältnissen gleich alles untadelig sei. Seine kurze Tätigkeit als Regierungsverwaltung habe seine alte, als Berufsvertretungswort erwerbene Ueberzeugung nur bekräftigt, daß jeder Beamte eine möglichst umfangreiche Kenntnis des Zeitungswesens haben sollte. Er halte es geradezu für unerlässlich, daß jeder Verwaltungs- und Richtungsreferent sich über ein praktisches Studienjahr an einer Zeitung ausweisen sollte, um für den höheren Staatsdienst geeignet zu sein. — So freudig, tiefe und warmherzige Anteilnahme an allen das Zeitungswesen berührenden Dingen verrätende Worte sind wohl selten von einem Staatsmann vor einer großen Versammlung von Zeitungsleuten gesprochen worden. Sie fanden denn auch den herzlichsten Dank des Vorsitzenden und allgemeinen stimmungsvollen Beifall.

#### Aus dem übrigen Württemberg.

Reutlingen. Zu den zahlreichen Schulfeiern, die jetzt stattfinden, kommt auch Schulfeiern Holzschub von Birkensfeld. Nach 8-jähriger Amiezeit will er mit Rücksicht auf seine Gesundheit um Zurücklegung nachsuchen. Die Gemeinde zählte bei seinem Amtsantritt 1800 Einwohner; jetzt hat sie 3400.

Tübingen. Der 38 Jahre alte von Bondorf O. Herrenberg gebürtige Stallschmied Herrich Wuhl und der 54 Jahre alte Bäckermacher Karl Dellinger von Biberach verübten vorgestern früh in der Wirtshaus zum Löwen

feien auf dem  
142 St., Ver-  
amtsleiter Kon-  
r Pfister 17 St.,  
abgelehnt 228  
schlicher Nichte  
schlüsse in wohl  
dibalen Nieseln

verheiratet täglich  
Kaufmann Dr.  
Lorenz und Besten  
1918 vierzehnjährig  
mit 12jähriger  
2. 2.70 im Bezirk  
10-Km-Bezirk  
2. 2.70 im Bezirk  
Württemberg 1918 2.80  
1918-Konsumwaren  
und Verhältnis

Karlsruhe. 3. März  
für die einseit. Seite an  
gewöhnl. Schrift oder  
beter Raum bei einem  
Wirtshaus 15 Pf.  
bei mehrmaliger  
entsprechend Viabary

Fernsprecher Nr.  
Postfachkonto  
6115 Stuttgart.

emberg.  
in einer Nacht  
in. Verschiedene  
wurden gestohlen.  
erlassen haben.  
Dietrich hat  
einen Ausdrucks-  
mit einem Stuhl-  
Kriegsgefangene  
dar lehrt.

St. Nagold,  
Herrn Pfister Nagold.

gestelle bleibt die  
aufrecht erhalten.  
die Disziplin

M. H. B.

old.

verkauf.



V. Kl. Sögholz

H. 49 III. 14

Klasse.

schiffe unentgelt-

Sorb.

verkauf.

1919



Gemeinderat.

M. H. B.

1919.

ze.

handten und

te Nachrich,

ute Mutter,

Ganz

49 Jahre

warier rasch

trauernden

neidernst.,

et Melibde

reich,

Ganz

og 2 Uhr.

im Auftrag

ferde,

Beamtenschaft,

die Arbeiter, wo

niedermittel

an Denger,

ag 2. Nagold.



